

Von Hans-Gerd Öfinger

Wie schafft man ökologischen Sozialismus?

Über Wege zu einem umweltfreundlichen, antikapitalistischen Gesellschaftssystem

Über die drohende Klimakatastrophe als »Herausforderung für einen neuen Internationalismus« diskutierten am Wochenende in Kassel 80 Vertreter linker Strömungen inner- und außerhalb der LINKEN. Zur »Konferenz für Ökologie und Sozialismus« hatten die Bildungsgemeinschaft SALZ und die Rosa-Luxemburg-Stiftung geladen.

Mit der Konzentration der jüngsten Konjunkturprogramme auf Straßenverkehr, Abwrackprämien, Subventionen für die Autokonzerne und Steuererleichterungen sei gezielt eine »Dinosaurierstruktur« gestärkt worden, die »hauptverantwortlich für die Umwelt- und Klimakrise ist«, kritisierte Winfried Wolf, Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von Attac und SALZ. Ein Drittel des Umsatzes der 500 weltgrößten Unternehmen entfalle auf die Bereiche Öl, Auto und Flugzeugbau. Diese Marktmacht durchdringe alle Sphären des gesellschaftlichen Lebens.

Die auf chinesische Umweltpolitik spezialisierte Sinologin Eva Sternfeld stellte die mit der rasanten industriellen Entwicklung in China einhergehenden Umweltprobleme dar, die auch zu sozialen Konflikten führen könnten.

Ökologie fußt auf Planung

»Eine ökologisch verantwortbare Wirtschaftsweise ist nur unter der Voraussetzung einer gesamtgesellschaftlichen Planung möglich«, sagte der Mediziner und Ökosozialist Klaus Engert. »Kapitalisten machen keine Fünfjahrespläne. Sie planen teilweise erheblich länger voraus«, so Engert. Weil »gesamtgesellschaftliche Planung im Kapitalismus nicht funktionieren« könne, sei eine ökologisch verantwortbare Planwirtschaft erforderlich. »So viel Zentralismus wie nötig, soviel Regionalisierung wie möglich«, so seine Überzeugung. Damit könnten auch Mängel der früheren zentralisierten Planwirtschaften des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) vermieden werden. Erst eine massive Verkürzung und Umverteilung der notwendigen Arbeitszeit könnten die Voraussetzung für eine demokratische Basisstruktur schaffen.

Hier widersprach ihm der Mainzer Bruno Kern von der Initiative Ökosozialismus. Er bezweifelt, dass eine rational geplante ökologische Wirtschaft automatisch eine Arbeitszeitverkürzung ermögliche. So sei in einer künftigen Gesellschaft etwa der zusätzliche Bedarf an Arbeitskräften im Pflegebereich enorm und es müssten schon aufgrund der Begrenztheit der Energiereserven wieder arbeitsintensivere Verfahren, etwa in der Landwirtschaft, eingeführt werden.

Die Zeit wird knapp

Dabei gebe es nur ein schmales Zeitfenster: »Es ist fraglich, ob wir angesichts der knapper werdenden Zeit, in der uns die fossile und Rohstoffbasis immer schneller wegbricht, die theoretisch vorhandenen Potenziale erneuerbarer Energien wirklich umsetzen können«, warnte Kern. Wer die Energiebilanz einer Photovoltaikanlage ehrlich erstellen wolle, der müsse anteilmäßig bei der Produktion der Bagger anfangen, die den Sand zur Siliziumherstellung fördern, gab er zu bedenken und plädierte für eine »Ökonomie des Genug«, die sich »vom parasitären Charakter unseres Scheinwohlstands verabschiedet«.

Arbeit zerstört die Würde

Im Übergangsprozess mit dem Ziel einer »freien Assoziation der Produzenten« komme es auch maßgeblich darauf an, dass die Belegschaften »ihre Kompetenz einbringen«, so der Politikwissenschaftler Frieder Otto Wolf. »Wir müssen positiver formulieren, was wir wollen, und nicht, was wir abschaffen wollen«, resümierte Engert die Diskussion. So sei es besser, für einen kostenlosen öffentlichen Nahverkehr zu werben als Anti-Auto-Parolen zu verbreiten.

»Arbeit unter kapitalistischen Bedingungen zerstört Menschen und Natur«, stellte der Arbeitswissenschaftler Jürgen Klippert fest. Menschen in der Erwerbsarbeit würden zunehmend überbeansprucht, Gefahrstoffen und unerträglichen physischen Anforderungen ausgesetzt und somit »ihrer Würde beraubt«. Die Möglichkeiten von Entwicklung und sozialer Teilhabe könnten durch andere Formen der Arbeit, etwa Haus- oder Eigenarbeit, nur bedingt ausgeglichen werden. Auch ein bedingungsloses Grundeinkommen kompensiere nur die wirtschaftlichen Defizite, könne jedoch nicht die Zerstörung des Arbeitsvermögens aufhalten. Klipperts Thesen sollen Anfang 2011 beim SALZ-Kongress zum Thema »Arbeit und Ökologie« diskutiert werden.

Mit einer Abschlusserklärung endete der Kongress am späten Sonntagnachmittag. Die Beschlussvorlage sieht die Menschheit vor der Alternative »Ökosozialismus oder Barbarei« und lehnt sich die ökosozialistische Erklärung von Belém an, die während des Weltsozialforums im Januar 2009 in Brasilien zur Bildung eines internationalen Ökosozialistischen Netzwerks verfasst worden war.

SALZ (Soziales, Arbeit, Leben und Zukunft) ist eine der LINKEN nahestehende Bildungseinrichtung. Mehr Infos unter www.bildungsgemeinschaft-salz.de